

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 24.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6176.

Hannover
Sonnabend, 1. Dezember 1900.

Geschäftsversteigerung pro 8gepalt. Stelle ober deren Raum 25 Pf., für Buchstellen 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Schulstr. 31. Verlag: Klotzstr. 46.

9. Jahrg.

Zur Beachtung für die Gauvorstände!

In der Gaueinteilung ist ein Irrtum unterlaufen. Die Zahlstellen Cattenstedt, Hasselselde und Blankenburg gehören nicht zum Gau 3, sondern Gau 2, was hiermit allen Beteiligten mitgeteilt wird.

Mit Gruß

August Drey.

Zur Sozialstatistik der deutschen Buchdrucker.

Einen verdienstlichen Schritt hat der Hamburgische Gewerbe-Inspektor Dr. W. Abelsdorff unternommen, um die soziale Lage einer Arbeiterkategorie nach exakter Forschung zu ergründen. Er wählte den in verhältnismäßig günstiger Position befindlichen Buchdruckerberuf aus und versandte mit Hilfe des Buchdruckerverbandes und seiner Gauvorstände Fragebogen an dessen Mitglieder, von denen 4816 in verwendbarer Ausfüllung zurückgeliefert wurden, so daß von 18590 in den Erhebungsgebieten im Jahre 1897 beschäftigten Setzern, Druckern und Maschinenmeistern 25,9 Proz. an der Erhebung beteiligt waren.

Der Verfasser untersuchte die Altersgruppierung, Verheirathungszahlen und die Kinderstatistik, die Gebürtigkeit und Freizügigkeit bezw. Seßhaftigkeit der Buchdrucker, ihr soziales Milieu nach den Berufen ihrer Eltern und Geschwister, sowie die Art der Berufswahl für ihre Kinder. Seine interessanten Tabellen würden verständlicher wirken, wenn der beschränkte Raum ausführlichere Erläuterungen und Hinweise böte.

Den zweiten Theil der statistischen Arbeit des Dr. Abelsdorff bildet die Veröffentlichung von 15 Haushaltbudgets aus dem Buchdrucker-gewerbe. Ähnliche Arbeiten sind schon mehrfach, so von Engel, vom Freien Hochstift zu Frankfurt a. M., Mag May u. A. herausgegeben worden. Die Abelsdorff'sche Arbeit verdient vor diesen insofern den Vorzug, als sie nur Budgets von Familien umfaßt, die der gleichen sozialen Berufsgliederung angehören und annähernd die gleiche Kopffzahl aufweisen, also wirklich vergleichbares Material benützt. Die Budgets wurden erhoben durch Ausgabe besonders eingerichteter Haushaltsbücher an Buchdruckerfamilien, die sich verpflichteten, in dieselben nach der vorgeschriebenen Spezialisierung zwei Monate lang alle Einnahmen und Ausgaben getreu einzutragen. Die Erhebungszeit fiel in den Oktober und November 1897.

Da diese Eintragungen eine harte Geduldsprobe für die Arbeiterfrauen bedeuteten, so wurde für jedes brauchbare Budget eine Prämie zur Anregung ausgesetzt. Trotzdem kamen nur 15 Budgets, welche brauchbar waren, zusammen, die sich auf 10 Städte vertheilen. Die meisten bezogen sich auf 4köpfige Familien (Mann, Frau und zwei Kinder); nur 2 zählten 5 Köpfe. Das Einkommen der Männer schwankte zwischen 1296 M. und 2100; es betrug im Durchschnitt 1677,58 M.

Derartige Arbeiterbudgets sind außerordentlich lehrreich für die Arbeiter selbst, vor Allem aber für die Gewerkschaften. Sie ermöglichen dem Einzelnen die genaue Kenntniß seiner Haushaltsausgaben, die kritische Prüfung des Aufwandes für jede Art der Lebensbedürfnisse und deren Verhältniß untereinander und sind ein wichtiges Erziehungsmittel zur Wirtschaftlichkeit und kulturellen Hebung der Arbeiter. Für die Gewerkschaft aber bilden sie die zuverlässigste Grundlage für die Aufstellung eines zum normalen Unterhalt ausreichenden Mindestlohnes, eines sogenannten Lebenslohnes, dessen Erlangung ja zu den vornehmsten ihrer Aufgaben gehört. Bereits wurde deshalb in verschiedenen Organisationen versucht, verlässliche Haushaltsbudgets zu erhalten. Die erzielten Angaben waren jedoch in der Regel viel zu summarisch und ließen sich nicht im Einzelnen nachprüfen, so daß millirische Aufstellungen nicht ausgeschlossen waren. Wohl gerade in der Erkenntniß der ersten Bedeutung dieser Art Statistik für die Gewerkschaften hat sich der Verfasser entschlossen, den zweiten Theil seiner

Schrift als populäre Sonderausgabe**) in Massenaufgabe herstellen zu lassen, um ihr den weitesten Eingang in Gewerkschaftskreisen zu verschaffen. Wir können diese Absicht nur unterstützen und begrüßen es, daß auch ein norddeutscher Gewerbeinspektor einmal den hohen sozialen Beruf verspürt, an der Erziehung der Arbeiterklasse Antheil zu nehmen. Den Gewerkschaften, die die Wichtigkeit der Pflege der Statistik erkannt haben, kann die Verbreitung der Abelsdorff'schen Schrift nur zu ihrem eigenen Nutzen empfohlen werden.

**) Dr. W. Abelsdorff: „15 Arbeiterhaushalts-Budgets aus dem deutschen Buchdrucker-gewerbe.“ 16 Seiten nebst zwei Tabellen. Zu beziehen durch die G. Laupp'sche Buchhandlung, Tübingen. Preis 30 Pf., von 20 Exemplaren ab 25 Pf.

Die „Buckspende“ im Reichstag.

Die zwölftausend Mark, die das Reichsamt des Innern vom Bund der Industriellen zur Agitation für das Buchstausgesetz erbeten und bekommen hat, sind am 24. Novbr. der Gegenstand einer Interpellation gewesen. Interpellanten waren die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Die Interpellation lautete: „Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welches von einer Interessentengruppe, dem Zentralverband deutscher Industrieller die Summe von 12000 Mark gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den von dem Bundesrat dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben.“

Der Begründung, welche dem Abgeordneten Kuxer oblag, entnehmen wir das, was folgt:

Nachdem die Thatsache festgestellt war, daß Selber des Zentralverbandes benutzt sind zu Zwecken der Agitation für das Buchstausgesetz unter Vermittlung des Reichsamts des Innern, so ist es vorzuziehen in eine abhängige Stellung begeben, da sie als Mittelführer auftrat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diese abhängige und nach meiner Auffassung unwürdige Stellung konnte der Mittelführer oder seine Auftraggeber nicht kommen, wenn man in maßgebenden Kreisen nicht von vornherein entschlossen gewesen wäre, die Mittel der Scharfmacher gegen die Arbeiter zu benutzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine interessante Erscheinung: bei uns, wo das preussische Königthum herrscht, das angeblich alle Zeit ein Königthum der Armen gewesen sein soll (Nachen bei den Sozialdemokraten), wendet man sich an die Großindustriellen, um 12000 M. zu verlangen zur Agitation für ein Gesetz, dessen ausgesprochener Zweck es ist, den Armen, den Enterbten das Koalitionsrecht zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um diesen Verarmten das Koalitionsrecht zu nehmen, ihnen die einzige Waffe stumpf zu machen, um das Koalitionsrecht unwirksam zu machen, dazu erscheint Herr Direktor Wobbe mit dem Klingelbeutel vor der Thür der Groß-Industriellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, das ist eine sehr traurige Erscheinung. Und die Vertreter der Scharfmacher haben ja auch nicht widerstehen können. Sie verstehen es, zur rechten Zeit Geld aus dem Beutel zu thun, wenn sie dadurch Vortheil erlangen können.

Man hat dann den Versuch gemacht, die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet zu spielen. Man hat den Verdacht von sich gewiesen, daß ein Beamter in einem Reichsamt der Besetzung zugänglich sei. Nein, nicht um eine persönliche Besetzung handelt es sich, das ist auch unsere feste Ueberzeugung. Aber um was es sich handelt, das ist noch viel schlimmer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß einmal ein Einzelner der Besetzung nicht widerstehen kann, das kann vorkommen. Wir haben im Prozeß Sternberg die Erscheinung, daß auch bei uns Dinge vorkommen, von denen wir alle wünschen können, daß sie nicht wiederkehren. Wir haben in dieser Angelegenheit nicht mit einem Einzelnen zu thun, sondern mit Erscheinungen auf einem weiten Gebiete der Regierung. Ich will da auf etwas aufmerksam machen. In der offiziellen Erklärung heißt es am Schluß: Die Belege für die richtige Verwendung der 12000 M. (Große Feittheit bei den Sozialdemokraten) befinden sich in den Händen des Herrn Direktors. Für die Bedeutung des ganzen Vorganges nach der moralischen Seite hin scheint man in Regierungskreisen gar kein Verständnis zu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was ist denn dabei, die Belege sind ja da! (Stürmische Feittheit bei den Sozialdemokraten.) Herr Direktor v. Wobbe hat von den 12000 M. nicht einen Pfennig für sich verbraucht! (Große Feittheit bei den Sozialdemokraten, sehr richtig.) So wie wir den Fall darstellen, so stellt er sich auf Grund der offiziellen Darstellungen dar, und er ist schlimmer, als wenn ein einzelner Beamter gestrauchelt ist. Das haben wir gar nicht behauptet, das glaube ich auch nicht. Was uns dieser Vorgang zeigt, das ist der ungeheure Einfluß der Interessentenvertretung und vor allem des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Dieser geradezu dominierende Einfluß der Interessentenvertretung, der wird ja von den verschiedensten Seiten, und nicht nur von den Arbeitern, erkannt. Auch aus industriellen Kreisen ist die Klage über diesen Einfluß laut geworden. Ueberall begegnet man dem Zentralverband deutscher Industrieller. Und dieser Einfluß ist auch nach oben hin ein geradezu übermächtiger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist es doch kein Geheimniß, daß selbst die Regierungsvorlagen, die sie für notwendig gehalten hat, zurückgezogen hat und im Reichstag nicht mehr durchzuführen wagte, weil der Zentralverband Einspruch erhob und erklärte: „Wir wollen das nicht.“ Ist es doch notorisch, daß in diesem

Gange von Seiten des Direktors des Reichsamts des Innern, nachdem der Personenwechsel stattgefunden hatte, die Erklärung abgegeben wurde, daß man jetzt der deutschen Nation eine Schonzeit auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung geben müsse. Darin ist deutlich die Mitwirkung der Unternehmer zu sehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Dank für das Verhalten der Regierung ist dann von Herrn Bued direkt ausgesprochen worden, indem dieser erklärte: Es ist unserem Einfluß zu verdanken, daß in der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung Halt gemacht wird. Daß die beiden kaiserlichen Erlasse, die sich mit der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung beschäftigen, heute noch nicht verwirklicht sind, das verdanken wir auch nur dem Widerspruch des Zentralverbandes. Auch die Reform unseres Kranken-Kassen-Gesetzes, die in Vorbereitung ist und die nach allen Mittheilungen, die laut geworden sind, als einen der Hauptzwecke den hat, das Recht der Arbeiter auf diesem Gebiet zu beschränken, verdanken wir den Unternehmern. Wie stark die Interessentenvertretungen dominieren, darüber sind ja bei den Verhandlungen über die Profite der Kanonen- und Stahlplatten-Referanten in der Budget-Kommission einleuchtende Beweise geliefert; und die Zuderprämien, die es ermöglichten, daß im Ausland der Zuder billiger verkauft wird, als ihn der deutsche Arbeiter bezahlen muß — was sind sie Anderes als eine Begünstigung der Zuderproduzenten? Die Lebensmittel-Bölle sind doch auch nur möglich durch die Macht der Interessentenvertretungen, und wie anders ist der Kohlenwucher zu erklären als durch die Uebermacht der Interessentengruppen? Die Regierungs- und die Staatsgewalt soll, wie es scheint, bei uns ganz in den Dienst des Unternehmertums heruntergedrückt werden. Das Wort des Herrn von Bötticher in einer Unternehmerversammlung: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ bildet die richtige Beleuchtung für die Zustände. Es erhält den Abgrund beinahe ebenso deutlich wie der Brief, der unserer heutigen Interpellation zu Grunde liegt. Der Geh. Oberfinanzrath Jende, der Oberkommandirende in dem Zentralverband der Industriellen, rühmt sich ja oft seiner guten Beziehungen nach oben. In allen Berichten wird über diese Beziehungen Mittheilung gemacht. Ueberall ist da zu lesen, daß fortwährend von der Regierung Gutachten eingeholt worden sind.

Wir sind wohl anerkennend der Regierung dankbar einen Vorwurf zu machen, daß sie überhaupt mit den Interessentenvertretungen in Verbindung tritt, um Informationen eingeholen. Das ist selbstverständlich, daß sie sich erkundigt, ehe sie die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung setzt. Aber was wir beklagen, worüber wir uns beschweren, das ist die Einseitigkeit, mit der die Informationen eingeholt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Arbeitervereinigungen werden von der Regierung ständig ignoriert, sie werden nicht gefragt, auch wenn es sich um die vitalsten Interessen der Arbeiter handelt, auch wenn Organisationen vorhanden sind, die Tausende, ja Hunderttausende von Mitgliedern zählen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Kongresse von Arbeitervereinigungen ist noch nie ein Vertreter der Regierung gesandt worden, dazu haben die Herren keine Zeit. Wenn Herr v. Stamm seine Gezeiten eingeladen hat, so ist nicht einer von den Regierungsherren dabei, sondern immer eine ganze Anzahl von ihnen. Es mag ja auch angenehmer sein, parlamentarischen Tagen des Herrn v. Stamm beizuwohnen und da zu diskutieren, als Arbeiter-Kongresse. (Sehr richtig! links.) Wenn aber die Unternehmerverbände so gut behandelt werden, so wäre es doch einfach Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, die Arbeiterverbände mit gleichem Maß zu messen. Wie es mit der Sozialisierung — ich finde keinen anderen Ausdruck — (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) des Zentralverbandes steht, dafür ein Beispiel. Bekanntlich herrscht in diesen Kreisen große Entrüstung über Herrn v. Berlepsch. So lau dessen sozialreformistische Bestrebungen auch waren, den Großindustriellen gingen sie doch zu weit. Einer seiner verhassten Beamten war Herr v. Kottenburg. Gegen ihn richteten sie ihre giftigsten Angriffe. Vor mir liegt Nr. 182 der Verhandlungen und Mittheilungen des Zentralverbandes. Es wird darin über den Jahresbericht referirt, den der überall in die Erscheinung tretende Herr Bued erstattet hat. Darin spottet er über Herrn v. Kottenburg und sagte ihm nach, er treibe Sport:

„So wie der eine segelt, der andere radelt, so treibt Herr v. Kottenburg als Sport die Sozialpolitik und tummelt als Rofinante die „Soziale Praxis“. Das Wort des Staatssekretärs des Innern von dem unberufenen Dilettantismus paßt auf Niemand besser als auf Kottenburg. Sein geistiger Hochmuth steht in gar keinem Verhältniß zu seinen geistigen Fähigkeiten.“

Der Bericht verzeichnet hier „Feittheit und Gehässigkeit Buejall“. So urtheilt der bezahlte Agitator der Großindustriellen über den Mann, der vor nicht allzulanger Zeit noch an hervorragender Stelle stand und mit Erfolg thätig gewesen ist, die Sozialpolitik zu fördern. So urtheilt er unter dem Namen und Beifall seiner Gehälter. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und wann war die Verammlung des Zentralverbandes, wo diese Worte fielen? Im März 1899! Und im August 1899 erscheint Herr v. Wobbe bei diesem Mann, der in dieser Weise über seinen Kollegen und Vorgesetzten geurtheilt hat. (Bewegung! Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Was sind das für Zustände! Welchen Blick läßt es auswerfen auf die Verhältnisse im Reichsamt des Innern! Wenn auch nur ein Funke von Solidaritätsgefühl (Abg. Buedel: Anstand!) (Glocke des Präsidenten) im Reichsamt des Innern herrschte, wenn auch nur ein Funke des in der preussischen Armee so hochgeschätzten kameradschaftlichen Geistes vorhanden wäre, dann würde es für Herrn v. Wobbe unmöglich gewesen sein, zu Herrn Bued zu gehen und ihn in dieser Weise anzuhetzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler v. Bälou beantwortete die Interpellation. Er war der Ansicht, daß die Regierung sogar den Anschein vermeiden muß, in Abhängigkeit von irgend

*) Dr. W. Abelsdorff: Beiträge zur Sozialstatistik der deutschen Buchdrucker. Verlag von J. G. B. Mohr (Paul Siebes), Tübingen und Leipzig, 1900. XV u. 66 Seiten nebst Tabellen. Preis 4 M.

Welcher besonderen Gruppe zu sein, daß sie sogar jedem solchen Verdacht entgegen muß. Darum stehe ich nicht an, trotz des guten Glaubens, indem die beteiligten Beamten meinten, einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Mittelweg zu bezeichnen. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt. Also die Beamten bleiben!

Soziale Mundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Ein anderes Gepräge als die Böse mit steigenden Kursen zeigt das gegenwärtige Bild des Arbeitsmarktes. An den öffentlichen Arbeitsnachweifen, soweit sie an die Verichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängten sich im Oktober um 100 offene Stellen 120,4 Arbeitsuchende (gegen 104,9 im Vorjahre). Namentlich nimmt bei den ungelerten Arbeitern die Zahl der Arbeitslosen sichtlich zu; außer von Berlin wird sie auch schon von mittleren Städten, wie Mainz berichtet. Aber auch bei den Metallarbeitern wächst die Arbeitslosigkeit, so in Heidelberg, Mannheim, Mainz, Freiburg i. Br., in den rheinisch-westfälischen Industriezentren, in Berlin. In der Textil-Industrie ist trotz einiger Lichtpunkte eine allgemeine Besserung nicht zu finden, vielmehr greift die Krise auch auf Bezirke über, die bisher verschont geblieben. So arbeiten in der Weberei Bielefelds ca. 1500 Arbeiter nur fünf Tage in der Woche. Im Baugewerbe ist überwiegend schon stille Zeit, obwohl das Wetter noch nicht dazu drängt. In einzelnen Orten wurde bereits eine Zunahme der wandernden Arbeitslosen bemerkt, so in Pforzheim 157 (gegen 95 im Oktober v. J.). Wenn dennoch die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Mitgliederziffern der Krankenkassen eine minimale Zunahme von 0,2 Prozent zu verzeichnen hat, so bleibt diese doch um das Achtefache gegen das Vorjahr zurück, wo die Steigerung 1,6 betrug. Für die neu hinzutretenden Arbeitslosen werden die Aussichten zusehends ungünstiger.

Der Arbeitsmarkt in der Gummiwaren-Industrie gestaltet sich nach der Wochenschrift „Der Arbeitsmarkt“ immer ungünstiger. Angesichts der schwierigen Lage des Rohgummimarktes waren die Umsätze der Gummiwaren-Betriebe zwar nicht eingeschränkt, aber der Erlös aus den Fabriken allgemein reduziert. Nur wenigen Werken ist es trotz bedeutender Erhöhung des Absatzes gelungen, gleiche geschäftliche Ertragnisse wie im Vorjahre zu erreichen. Die meisten sind mit dem Resultat mehr oder weniger zurückgeblieben. An Beschäftigung fehlt es allerdings den Betrieben nicht, im Gegenteil, man hat fast allgemein eine Vergrößerung und den Ausbau der Werke vorgenommen, was freilich wieder zu einer noch stärkeren gegenseitigen Unterbietung der konkurrierenden Unternehmungen führte. So ist es nicht verwunderlich, daß die Verkaufspreise mit der enormen Steigerung des Rohmaterials nicht in Einklang gebracht werden konnten. Eine Aufbesserung der Preise der Fabrikate oder ein Abgang der hohen Rohgummipreise bleibt die unerlässliche Vorbedingung, um die Lage der Gummi-Industrie wieder günstiger zu gestalten. Augenblicklich befinden sich die meisten Betriebe in bedrängter Lage. Geschäftsbetriebe, die mit Verlust abgeschlossen haben, sind nicht selten. Die Löhne der Arbeiter werden nun gekürzt, eine Aufbesserung derselben verhindert. Vielfach müssen die Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten oder werden ganz entlassen.

Der Rückgang der Textilindustrie im Oerarer Bezirk hat verursacht, daß die Bauhätigkeit in jener Gegend bedeutend nachgelassen hat. Die Folge davon war, daß die im Streife sehr zahlreich vorhandenen Ziegeleien am Ende der Saison gewaltige Mehrbestände besaßen, weshalb die Aussichten für die neue Kampagne ungünstig wurden. Die Lage der kleineren Ziegeleien auf dem Lande verschlechtert sich auch dadurch, daß sich auf diesem Produktionsgebiet ein Zug nach kapitalistischer Produktion bemerkbar macht. Die kleineren Ziegeleien auf dem Lande und die Gutsziegeleien haben unter der drückenden Konkurrenz großer kapitalistischer Unternehmungen zu leiden und gehen ein. Vor diesem Schicksal suchen sich einige kleine Ziegeleien dadurch zu retten, daß sie sich genossenschaftlich zusammenschließen. So sind bereits im Regierungsbezirk Magdeburg verschiedene Verkaufsvereinigungen der Ziegeleibesitzer errichtet worden. Die Zentralisation kleiner Betriebe in Großbetriebe, welche mit technisch vollkommeneren Betriebsmitteln produzieren, bedeutet für die Arbeiter Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Urtheile über Gewerkschaften und Streikbrecher. Anlaß der Gründung eines christlichen Streikbrecherbundes gelegentlich eines bairischen Fabrikarbeiterfrühstücks in Runders kupertie sich ein Geistlicher: „Es ist meine Meinung, daß die Vorläufer der Organisation die thätigsten und rechtschaffensten Arbeiter sind, während an den Streikbrechern oft ein moralischer Faden“ gefunden wird. Es liegt eine große Gefahr darin, mit einer blönsinnigen Bewegung den Namen Christi zu verknüpfen. Wir Geistlichen protestieren energisch dagegen, daß es Gottes Sache sein sollte, als Streikbrecher zu arbeiten.“

Ein anderer Geistlicher erklärte: „Es ist meine Überzeugung, daß die Gewerkschaftsbewegung Nutzen gebracht hat und ganz besonders auch die moralischen Eigenschaften der Arbeiter erhöht hat. Lebt man fern von anderen Menschen, so mag man thun, was man will. Lebt man aber mit so vielen zusammen, so hat man die Pflicht auf die Allgemeinheit zu nehmen und

vor Allem nichts zu thun, was die Arbeitsbedingungen der Anderen beeinträchtigen kann. Man soll sich nicht weigern, einem Fabrikverein beizutreten, mit der Voraussetzung, daß man damit vielleicht etwas Besseres begehrt. Denn wenn man ja auch nicht Staats- noch Gemeinbedürge sein, wenn jeder Einzelne die Verantwortung für jede Handlung dieser Gemeinschaften tragen würde.“

Unternehmerverbände. Die Vorarbeiten für die Gründung eines mitteldeutschen Zement-Syndikats sind nahezu erledigt und dürfte als sicher feststehen, daß die Welt mit diesem neuen Gebilde der Unternehmerorganisation beglückt wird. Am 20. Oktober ist das grundlegende Protokoll in Hannover von 40 Fabriken unterzeichnet worden. Auch preisregelnde Thesen sind schon in Aussicht genommen: es ist festgesetzt worden, eine Einschränkung der Erzeugung um 42 Prozent vorzunehmen. Ferner wurde beschlossen, daß etwa noch neu entstehende Fabriken mit allen zulässigen Mitteln auf das Energischste bekämpft werden sollen. Die in der Zementindustrie beschäftigten Kollegen, die jetzt schon ganz bedeutend unter den Einflüssen des Arbeitsmangels stehen, haben nun die sichere Aussicht, daß noch weitere Entlassungen eintreten werden oder die Nichtentlassenen nur halbe Beschäftigung haben.

Vom sozialen Kampfplage.

In Albed ist ein Streit der Arbeiterinnen der Mariniranke der Hanseatischen Fischindustrie, A. G., voran. Schumacher, zum Ausbruch gekommen. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt. Zugang ist vom genannten Betriebe streng ferngehalten. Eine öffentliche Versammlung aller in der Fischindustrie thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen fand im Vereinshaufe, Johannisstraße 50, statt. Genossin Riez-Hamburg sprach über das Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“

In Köslin ist der Streit der Manter'schen Arbeiter noch nicht beendet, sein Stand ist aber ein den Arbeitern günstiger. Die Kollegen hier haben wieder eine Lohnreduzierung abgewehrt. Es sollten 23 Kollegen einer Brauerei unter schlechteren Lohnbedingungen arbeiten. Sie waren alle organisiert und legten die Arbeit nieder. Mit der Geschäftsleitung angestrichelte Verhandlungen schlossen mit Verhinderung der Lohnreduzierung ab.

In Spandau will man auf dem Dampfjägerwert von M. u. A. Frank die Löhne kürzen. Am 22. November machte der Meister die Mitteilung, daß von der nächsten Woche ab die Stunde zwei Pfennig weniger Lohn gezahlt würde. Auch die Affordische sind so festgesetzt worden, daß ein auskömmlicher Verdienst kaum zu erwirgen ist. Die Arbeiter, 60 an der Zahl, sind bis auf 5 organisiert und nicht gewillt, sich an der Schwelle des Winters mit seinen vermehrten Ausgaben für Beleuchtung und Heizung diese Lohnverschlechterung bieten zu lassen.

Soziale Rechtspflege.

Trotzdem wir in Barbü keine Zählstelle haben, sondern nur einige Einzelmitglieder vorhanden sind, deren Geschäfte ein von uns bevollmächtigter Vertrauensmann wahrnimmt, verlangte man doch die Einreichung einer Mitgliederliste. Obwohl der § 2 nur Vereine zur Einreichung einer Mitgliederliste verpflichtet und ein Vertrauensmann unmöglich einen Verein darstellt, wurde in einem am 17. November abgehaltenen Termin, in welchem der Polizeiverwalter als Amtsanwalt fungierte, der Vertrauensmann zu 16,20 M. Strafe und den entstandenen Kosten verurtheilt. Das Urtheil wird durch Berufung angefochten.

Rechtliche Lage des Lederarbeiters in Mainz. Unter dem Vorhänge des Herrn Amtsrichter Eller und bei starkem Andränge der Arbeiter fand vor dem Schöffengerichte die Verhandlung gegen sechs Arbeiter der Lederwerke statt, welche beschuldigt waren, bei dem im August und September in den Lederwerken ausgebrochenen Streit den Fabrikarbeiter Josef Seliger durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, Ehrverletzungen oder Verurtheilung zu bestimmen versucht zu haben, am Streit theilzunehmen. Die Verhandlung, zu der der Verteidiger, Dr. Häberling, etwa ein Duzend Entlastungszeugen geladen hatte, ergab, daß der vorerwähnte Seliger anfänglich selbst am Streit agitatorisch theilgenommen hatte, daß bei sich in den beleidigendsten Ausdrücken über das Verhalten der Inhaber der Lederwerke erging und auch die üblichen Streigelder erhalten hatte. Später nahm Seliger die Arbeit wieder auf und stellte gegen eine Reihe seiner Kameraden, die ihm deshalb Vorhalt machten, Strafantrag wegen Vergehen gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, welche Bestimmungen bekanntlich ausschließlich Gefängnißstrafe androhen. Bei der Mehrzahl der von Seliger angezeigten Arbeiter wurde bereits früher das Verfahren eingestellt, so daß nur noch sechs Angeklagte übrig blieben. In scharfen Worten geißelte der Verteidiger die Charaktereigenschaften des Seliger, der durch sein ganzes Verhalten keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben konnte. Er beantragte Freisprechung der sämtlichen Angeklagten. Das Gericht sprach vier der Angeklagten völlig frei, während es bei zweien nur einfache Beleidigung annahm, und diese zu je 10 M. Geldstrafe und ein Drittel der Kosten verurtheilte. Alle übrigen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Halberstadt. Am 2. Oktober d. J. erhielt der bisherige Bevollmächtigte Kollege Volkman eine Aufforderung von der hiesigen Polizeiverwaltung, binnen drei Tagen ein Mitgliederverzeichnis der Zählstelle einzureichen. Begründet war diese Aufforderung damit, daß die Zählstellen des Verbandes der Fabrik-, Band-, Schuh-, Leder- und Webereien als selbständige Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, zu betrachten seien. Der Genannte kam der Aufforderung nicht nach und erhielt deshalb am 11. Oktober einen Strafbefehl von 15 M.; dagegen beantragte derselbe gerichtliche Entlassung und beantragte Termin am 19. November vor dem königlichen Schöffengericht an. In der Verhandlung erklärte der Beklagte, es sei nicht möglich, daß die Zählstellen genannten Verbandes als selbständige Vereine zu betrachten seien; denn ein Verein könne sich selbst konstituieren, aber eine Zählstelle unseres Verbandes könne dies nur unter Zustimmung des Verbandes in Hannover, nachdem an einem Orte schon mindestens 10 Mitglieder dem Verbandsangehörigen, wie ja das Statut bei dem Aktiven ausweist. Wenn er ein Verein das Recht, sich selbst einen Vorstand zu wählen, aber auch dieses Rechte nicht zu. So hätte der Beklagte weiter aus den Statuten nachzuweisen, daß sämtliche Paragraphen beweisen, daß die Zählstellen keine selbstständigen Vereine seien. Was nun die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses anbelange, so sei dem Befehl Genüge gethan, indem der Vorsitzende Verbandes August Brey in Hannover von dem Polizeipräsidenten dort aufgefordert sei, bis zum 1. Oktober d. J. ein Verzeichnis der Mitglieder sämtlicher Zählstellen einzureichen; dieser Aufforderung seien wir nachgekommen. Eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sei in der hiesigen Zählstelle nie versucht worden u. s. w. Der Amtsanwalt als Anklagebehörde behauptete das Gegenteil, indem er sich auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 27. März 1900 gegen den Vorstand des Verbandes August Brey berief. Das Urtheil lautet dahin: der Beklagte ist des Vergehens gegen das Vereinsgesetz (§ 2) für schuldig befunden und wird zu der geringsten Strafe von 15 M. und Tragung der Kosten verurtheilt. Gründe: Es ist ohne Belang, ob der Ortsverein als solcher sich selbst verwaltet oder mit einer Zentrale, wie hier der Fall in Hannover, in Verbindung tritt; die Zählstelle Halberstadt ist als selbstständiger Verein zu betrachten und war der Vorstand desselben als solcher verpflichtet, der königlichen Polizeibehörde binnen drei Tagen nach Gründung der Zählstelle oder auf Verlangen später das Mitgliederverzeichnis einzureichen. Nach § 2 des Verbandsstatuts bezweckt der Verband eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten.

Korrespondenzen.

Barmbek. In der Mitgliederversammlung am Mittwoch den 14. November d. J. wurde zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Martin Berger durch Erheben von den Händen geleist. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Klassenbildung und Klassenziehung, wurde der Kollege Frau Häber als Referentin das Wort erteilt. Sie führte aus, daß unter der Herrschaft des modernen Kapitalismus, der mit Hilfe der Entwicklung seiner technischen Mittel keine Erleichterung für die Arbeiter, sondern nur eine immer größere Dimensionen annehmende Ausplünderung der unteren Volksschichten im Gefolge habe und somit die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr erweitert werde. Zu diesem Kapitel habe ein Volksschullehrer in Nordorf eine Broschüre geschrieben, deren Inhalt das Elend seiner Schulkinder enthält, welches dieselben in frühestem Jugend unterliegen. Viele Kinder sind durch die Noth der Eltern angehalten, jeden Tag vor der Schulpforte durch Ausrufen von Zeitungen, Milch oder Brot, für ein paar Brotepfennige an dem nothwendigsten Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Die Zahl der Kinder, die in der Schule anwesend sind, beträgt 50 bis 56 Treppen auf- und absteigen hätte. In Regelbahnen sind Knaben sehr häufig gezwungen, 24 Stunden in einer Tour zu arbeiten; daß die Kinder dadurch ermüdet und während der Lehrstunden in der Schule vollständig zum Lernen unfähig werden, ist eine Thatsache, die von keiner Seite bestritten werden kann. Zu der Vernachlässigung der Schule tritt auch die mangelhafte Erziehung von Seiten der Eltern hinzu, die gezwungen sind, sich von früh bis spät für das tägliche Brod abzuquälen. Solche traurigen Zustände, die durch das unerträgliche Profitwachen des Kapitalismus herbeigeführt, müssen im späteren Volksleben unheilvoll wirken. Bedürfnislosigkeit und eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber aller Bildung und sozialem Wissen treten in die Erscheinung und liefern der besitzenden Klasse ein beschränktes und williges Arbeitsmaterial zur schamlosen Ausbeutung. Sollen aber diese Zustände gemildert resp. ganz beseitigt werden, so dürfen wir nicht die Hände in den Schooß legen, uns nicht verlassen auf das Wohlwollen der höheren Klassen, die uns vielleicht mit zweifelhaften Wohlthaten unterstützen beglücken wollen, sondern durch gerechte Forderungen zum Wohle unserer Familie den Kampf eröffnen gegen die Unterdrücker. Das ist aber nur möglich durch eine starke Organisation unserer Arbeitskollegen, die auch den weiblichen Theil mit heranzuziehen hat, was ja unter dem hamburgischen Vereinsgesetz möglich, aber leider in Preußen noch nicht der Fall ist; in diesem Antarktisland stehen die Frauen nicht auf rechtlichem Boden. Die Organisation innerhalb der modernen Arbeiterbewegung giebt uns die Kraft zum Kampfe, zeigt uns die Mittel und Wege zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage, sie giebt uns die geistige Bildung. Die Organisation bildet den starken Damm gegen das Ausbeutungssystem des Kapitalismus, wenn alle Arbeitskollegen, männlich und weiblich, unter ihrer Fahne sich vereinigen. Diesem Rufe zu folgen ist die moralische Pflicht eines jeden Einzelnen, der unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse zu leiden hat und dem das Wohl und Wehe der Familie am Herzen liegt. Nach diesem sehr interessanten Vortrage wurde der Referentin ein reiches Beifall zu Theil. Hiernach wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt, worauf die Tagesordnung beendet und Schluß der sehr gut besuchten Versammlung um 11 1/2 Uhr Abends erfolgte.

Casparhett. 1. Gaudenzierung des Gutes 13 (Militärsberg). Abgehalten am 23. Oktober im Gasthause „Zum gold Adle“. Vertreten waren die Zählstellen Casparhett, Ehlingen, Göttingen, Goll, Seilbrunn, Unterkrümmen durch 11. Delegierte, nicht vertreten war Lauffen. Kollege Böner eröffnete die Konferenz durch eine kurze Ansprache, worin er die Gründe darlegte, die Veranlassung gaben, sofort eine Konferenz einzuberufen. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde angenommen. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Börner, als Schriftführer Hg. Unterem ersten Punkt der Tagesordnung war nicht viel zu berichten, da der Bau erst neu eingeleitet wurde. Der zweite Punkt dagegen, Situationsbericht der Zählstellen, war interessanter; aus den Berichten der Delegierten von Seilbrunn war zu entnehmen, daß dort die Zahl der Mitglieder in dem letzten Halbjahre zwar gestiegen ist, aber daß trotzdem noch Alles viel zu wünschen übrig lasse. Besonders zu bedauern sei es in den Versammlungen oft sehr barhäutend abgehe und seien es immer einige Kampfhähne, die dort Unheil stiften. Auch wurde gewünscht, daß von hier aus Versammlungen mit Referenten besetzt werden sollen. Der Bericht von Göttingen ist dasselbe Klagebild wie der Gollbrunner. Auch dort soll sobald wie möglich die Agitation energischer betrieben werden und wird auch der Erfolg, wenn die Unterführung vom Bau uns nicht ausbleibt, ein guter sein. In Ehlingen steht es etwas besser, doch ist auch dort noch Vieles zu thun. In Goll ist die Zeitung eine gute, die Versammlungen sind befruchtend besucht und herrscht unter den Mitgliedern ein guter Geist. Unterkrümmen als jüngste Zählstelle steht ebenfalls gut.

Die Zeitung ist eine vorzügliche. Bei Punkt Agitation, welcher eine lebhaftere Debatte hervorrief, waren sämtliche Delegierten durch einig, daß in Württemberg, wenn die Agitation richtig betriebe werden wird, das ganze Reich von Sozialisten erfüllt werden kann, aber vor allem sei es notwendig, den Mittelstand in den Massen bestehender Sozialisten zu haben. Ein Antrag wurde angenommen, welcher den Geschäftsführer beauftragt, bei den Vorständen in Hannover zu beantragen, daß in diesem Frühjahr eine Agitationsreise auf Kosten der Hauptkassiere ausgeführt wird, wenn möglich durch eine Referentin. Bis dahin müsse es aber Pflicht jeder Sozialistin sein, überall in den Arbeiterkreisen zu wirken. Als Gewarnter wurde Werner-Gannath gewählt, als Sekretär Huber. Als Ort der nächsten Konferenz wurde Hellbrunn bestimmt. Im Schlußwort führte der Vorsitzende noch aus, daß die Konferenz bewiesen habe, daß es eine dringende Notwendigkeit war, dieselbe abzuhalten, denn jetzt wüßte man, wo es fehlt und wie den Mangel abzuheben sei. Mit der Mahnung, unermüdet weiter zu arbeiten trotz aller Hindernisse, wurde die Konferenz um 1/4 Uhr mit einem begeisterten Applaus auf den Beschluß geschlossen.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 13. November, tagte in der „Gambinus-Strasse“, Poststraße 94, eine von ca. 200 Personen besetzte Mitgliederversammlung. Schwert-Schöneberg hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Organisationsbestrebungen des Proletariats. Unter Verbandsangelegenheiten wurde ein von der Gewerkschaftskommission gestellter Antrag, zur Deckung der Kosten der Gewerkschaftskommission pro Mitglied und Quartal 5 Pf. pränumerando zu zahlen, einstimmig angenommen. Es wurde sodann ein weiterer Antrag angenommen, vom 1. Dezember 1900 zur Anlegung eines örtlichen Unterstützungsfonds pro Mitglied und Monat 20 Pf. zu zahlen und aus denselben Gewahrgeltern zur Verbandunterstützung eine Zulage zu gewähren, damit hierdurch der ortsübliche Lohngewinn erreicht wird.

Danzig. In erheblicher, ruhmvoller Weise schloß man die Unternehmungen ihrer Arbeiterfreundlichkeit, aber in Wirklichkeit werden alle ihre Maßnahmen von dem Streben, einen hohen Profit zu erzielen, bestimmt. Die hiesigen Holzkaufleute und Holzkapitäne beweisen das wieder einmal zur Genüge. Vor dem Streik der Weichsel- und Wäslenarbeiter bekamen diese Sommer und Winter 8 Mk. Lohngeld. Jetzt wird abgezogen trotz der Abmachungen, die vor dem Einigungsamte getroffen wurden. Diese Abmachungen wollen wir nur noch einmal in Erinnerung bringen. Sie waren enthalten in der Nummer 78 des Danziger „Intelligenzblattes“ unter Rubrik „Umsicht“ und hatten folgenden Wortlaut:

In der heutigen Sitzung des Einigungsamtes ist zwischen den Holzarbeitern und den Arbeitgebern nachstehende Vereinbarung zu Stande gekommen:

1. Die tägliche Arbeitszeit der Holzarbeiter soll von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends mit 2 1/2 stündiger Mittags-, 1/2 stündiger Frühstück- und 1/2 stündiger Vesperzeit dauern.
2. Am Sonnabend und den Vorabenden hoher Festtage soll bei nur 1 stündiger Mittagspause der Feiertag ohne Lohnabzug um 4 Uhr Nachmittags eintreten.
3. Der Lohn der Holzarbeiter soll auf der Weichsel unterhalb Plehnendorf 3,50 Mk., oberhalb Plehnendorf 4 Mk. betragen.
4. Das Dampfsergeheiß ist bei Arbeiten oberhalb Plehnendorf vom Arbeitgeber zu erledigen. Bei Sonntags- und Feiertagsarbeit soll pro Tag 1 Mk. Zuschlag bei Lohngeld ebenso wie bei Akkordarbeit gezahlt werden. Ueberstunden sollen mit 40 Pfg. pro Stunde bezahlt werden.
4. Ueberstunden und Sonntagsarbeit soll nur in dringenden Fällen verlangt und geleistet werden.
5. Die Akkordlöhne sollen in angemessenem Verhältnis zu der Erhaltung des Holzwerks festgesetzt werden.
6. Waffergelungen dürfen aus Anlaß des Streiks seitens der Arbeitgeber an keinem der Streikenden vorgenommen werden.
7. Vorstehende Abmachungen erstrecken sich nicht auf die Wäslenarbeiter.
8. Die Holzarbeiter nehmen am Montag die Arbeit wieder auf.

Danzig, den 31. März 1900.

Die Vertreter der Arbeitgeber: Die Vertreter der Arbeiter:
Otto Münsterberg. Johann Willer.
Otto Reichenberg. Albert Feldt.
Johann Pawlowski. Johann Hallmann.
Karl Jentzsch.

Das Gewerbegericht als Einigungsamt:
Medbach, Vorsitzender.
Kawitter, C. Pabig, C. Jahn, C. Jost, Beisitzer.

Nachstehende Bekanntmachung wird hierdurch veröffentlicht.
Kawitter, C. Pabig, C. Jahn, C. Jost, Beisitzer.

Eine am Sonntag, den 28. Oktober, abgehaltene Versammlung hat Stellung zu der Angelegenheit genommen. Der Referent mußte leider eine ganze Anzahl Holzkaufleute anführen, die ihren Arbeitern nicht den im vorliegenden Protokoll vereinbarten Lohn zahlen. Die Schuld traf auch die Arbeiter mit, die es veräumelten, ihre Interessen zu wahren. In denen, die den bedungenen Lohn nicht bezahlten, gehört auch Herr Münsterberg, trotzdem gerade dieser Herr die vereinbarten Sätze als berechtigte, notwendige Bezahlung erklärt hat. Der Herr giebt an, die Vereinbarung des Lohnes sei ohne seine Zustimmung erfolgt. Er wollte Abhilfe schaffen, diese ist aber bis zum heutigen Tage ausgeblieben. Ferner haben Firmen abgezogen, die weniger mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit paradierten, so das Berliner Holz-Komptoir, Johann Pawlowski, Arpad, Raffy und Adrian. In einzelnen Geschäften arbeiten die Kollegen eine halbe Stunde länger und erhalten 60 Pfg. weniger wie der Tarif festsetzt. — Die Lohn-Kommission und die Kollegen müssen auf der Hut sein, sonst erhalten die Kollegen noch den alten Lohn, um dessen Erhöhung sie streiten.

Stettin. Am Sonnabend, den 10. November, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der angekündigte Vortrag mußte ausfallen, weil der Referent Genosse Gende aus Hamburg leider nicht erschienen war. Der Kollege Westmann giebt alsdann den Kartellbericht; bei dieser Gelegenheit wurde noch auf den hiesigen Tischlerstreik hingewiesen. Von sämtlichen Rednern wurden die Forderungen der Gesellen, nämlich die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 38 Pfg., als sehr bescheiden hingestellt; da es sich bei dieser Lohnbewegung hauptsächlich um die Vertiefung der Arbeitszeit handelt, so ist es erklärlich, daß die Tischlergesellen einen schweren Kampf auszufechten haben, weil das gesamte Unternehmertum hier selbst dagegen Front macht. Der Ausfall der Lohnbewegung ist also von großem Interesse für die gesamte Arbeiterchaft. Da augenblicklich sämtliche Gesellen zu den neuen Bedingungen arbeiten, wurde es den Kollegen zur Pflicht gemacht, die Tischler dadurch zu unterstützen, daß sie nur dort Arbeit ansetzen lassen, wo die Forderungen der Gesellen bewilligt sind; es wurden dann noch diejenigen Tischlermeister bekannt gegeben, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Ferner wurde noch beschlossen, im Dezember einen Ball abzuhalten, und hierzu ein Festkomitee gewählt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Essen. Am 13. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Für den abgelaufenen 1. Revolutionsjahr kam ein anderer Kollege in Vorschlag. Die nächste regelmäßige Mitglieder-Versammlung fällt aus, dafür wird eine öffentliche Versammlung abgehalten. Darauf wurde angeregt, dafür einen Referenten zu bestellen, um die Versammlung interessanter zu machen.

Friedberg i. Hessen. Am Sonntag, den 18. November, tagte im Lokale „Zur Stadt Kypport“ die regelmäßige Mit-

glieder-Versammlung. Nachdem der 1. Punkt, Erhebung der Beiträge, erledigt, hielt Genosse Gortzig einen Vortrag, wobei er die 12 000 Mk. -Forderung gründlich beleuchtete. Redner betonte, daß durch die Unterstützung, welche seitens der Regierungswirtschaft von dem Großhändler geleistet wird, angenommen worden, allseitig bewiesen sei, daß die Regierung wirtschaftlicher Interessen vertritt und zwar die Interessen der bestehenden Klasse. Die Arbeiter müssen hierauf die einzig richtige Antwort geben, indem sie ihre Organisationen schaffen und ausbilden. Unter 3. Punkt wurde beschlossen, den beschriebenen Kollegen ein Soli-geld zu gewähren, und zwar soll dasselbe in jedem Nachhinein bestehen. Nachdem noch die Beschlüsse abgelesen worden waren, wegen Abhaltung eines Familienabends Schritte zu unternehmen und einer nächsten Versammlung Bericht zu erstatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. In der Deutschen Kaffee-Import-Kompagnie, Wollmannstraße 43/45 zu Hamburg, arbeiten beim Verlesen von geröstetem Kaffee an sogenannten Verlesemaschinen 21 Arbeiterinnen. Ihre Arbeitszeit dauert von Morgens 7 Uhr bis Abends 7 Uhr. Die Arbeiterinnen verdienen pro Woche 3 Mk. 30 Pfg., 4,50 Mk., bis höchstens 9 Mk. Arbeiterinnen, welche den letzteren Lohn erzielen, sind merkwürdiger Weise meistens Ausländerinnen. Junge Mädchen. Wenn diese sogenannten „besseren Arbeiterinnen“ nicht einen wahren Lohn von 9 Mk. verdienen, weil der Kaffee dazu schlecht ist, so erhalten sie eine Zulage in solcher Höhe, daß Lohn und Zulage zusammen 9 Mk. betragen. Diejenigen Arbeiterinnen, die nur 4 bis 6 Mk. durchweg erzielen, erhalten keine so hohe Zulage. Angekündigt wird ihr Lohn nicht auf 9 Mk. erhöht, weil sie faule und schlechte Arbeiterinnen seien, in Wirklichkeit aber erhalten sie doch den schlechtesten Lohn zum Verlesen. Die Zulage, die ihnen gewährt wird, richtet sich danach, wie viel den sogenannten „besseren Arbeiterinnen“ an einem Wochenverdienst von 9 Mk. fehlt. Kommt eine Arbeiterin einige Minuten zu spät, so wird ihr die auf einen Tag entfallende Zulage als Strafe zurückgehalten. Wo die einbezogenen Gelder bleiben, weiß Niemand. Der Lohn der Arbeiterinnen hängt also hauptsächlich von der Willkür des Meisters ab. Steht er den bevorzugten Arbeiterinnen guuter Kaffee zum Verlesen, das heißt Kaffee mit wenig Ertrage, so wird wenig oder gar keine Zulage gezahlt, weil die betreffenden Arbeiterinnen ohnehin 9 Mk. verdienen. Haben dieselben hingegen auch schlechten Kaffee zu verlesen, so kommt es vor, daß eine Zulage von 4 Mk. pro Woche gewährt wird. Gewöhnlich jedoch beträgt die Zulage nur 72, 78 bis 91 Pfg. Da eine Arbeiterin, die allein auf sich angewiesen ist, von dem erzielten Verdienst nicht existieren kann, ist selbstverständlich. Der Erwerb reicht um so weniger für den Unterhalt, als in Hamburg die Lebensmittelpreise sehr hoch stehen und die Mietpreise geradezu unerträglich sind. Es ist denn auch schon wiederholt vorgekommen, daß in dem genannten Betriebe thätige Arbeiterinnen durch Prostitution sich einen Nebenverdienst suchen mußten. Wochenverdienste von 3, 4 und 5 Mk. sind bei der Firma nicht selten. Und dies, obgleich die Arbeit außerordentlich anstrengend ist, weil an der Verlesemaschine intensiv mit Händen und Füßen gearbeitet wird. Die Verlesemaschine muß nämlich, ähnlich wie die Nähmaschine, durch Treten in Bewegung gesetzt werden. Während dies geschieht, läuft oben auf eine ausgepannte Leinwand der Kaffee, aus welchem die Arbeiterin die Ertrage herauslesen muß, das heißt zu helle und zu schwarze Bohnen, Steine und Holzstücke. Nicht selten befinden sich unter einem Zentner Bohnen 40 bis 50 Pfund Ertrage, jedoch nur der zurückgebliebene gute Kaffee wird bezahlt. Da der Verdienst ein gar zu niedriger ist, hatten sich die Arbeiterinnen, die bis auf eine einzige organisiert sind, an unsere Hamburger Lohnkommission gemeldet und mit dieser zusammen einen Bohntarif ausgearbeitet. Auf Grund dieses Tarifs verlangten sie für Kaffee, der bisher pro Pfund mit 1 Pfg. entlohnt worden war, nun 2 Pfg. Für das Verlesen von Kaffee Sorte B, das mit 2 Pfg. entlohnt wurde, wurden 3 Pfg., für Sorte A statt 3 Pfg. 4 Pfg. verlangt. Für Ertrage, die nochmals gebrannt wird und mit minderwertigem Kaffee vermischt, dann nochmals verlesen werden muß, forderten sie pro Pfund 4 bis 5 Pfg. für ihre Arbeit. In Folge der Bohnerhöhung sollte die Zulage fortfallen. Die Arbeiterinnen hofften, auf Grund des Tarifs auf einen Wochenverdienst von 10 bis 11 Mk. zu kommen. Die eine nicht organisierte Arbeiterin verteidigte jedoch das geplante Vorgehen. Daraufhin ward die Vorsitzende der Arbeiterinnen sofort entlassen, noch ehe der Bohntarif eingereicht werden konnte. Der Lohn wurde der auf's Pfaster Geworfenen per Post nachgeschickt; er betrug dreieinhalb Pfg. für zwei Tage. Als einige Tage darauf der Tarif trotzdem eingereicht wurde, erhielten alle Arbeiterinnen, die sich dieses Verbrechens schuldig gemacht hatten, ebenfalls ihre Entlohnung. Die Forderung bezüglich einer größeren Reinlichkeit der Lokalitäten, besonders der Aborte, wurde bewilligt, ebenso 1 Mk. Zulage, die aber nur nach halbjähriger Arbeit bei der Firma gewährt werden soll. Alle übrigen Forderungen wurden schlangensweg abgelehnt. Die Lohnverhältnisse wie die übrigen Arbeitsbedingungen bei der Firma beweisen recht eindringlich, was das Unternehmertum den Arbeiterinnen zumutet, und wie nötig die gewerkschaftliche Organisation zum Schutze der weiblichen Arbeitskräfte ist.

Hamburg-St. Georg. Am 17. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Gommel, Nagelsweg 31. Genosse Gende referierte über „Grachus Babeuf, oder: Die Verschwörung der Gleichen.“ Den Bericht von der Generalversammlung erstattete uns der H. P. Kollege Frau Jitz brachte in Anregung, in diesem Jahre noch eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Alsdann wurden die Mitglieder Minna Hagelstein und Emilie Karnatz einstimmig nach § 7 Abs. b aus dem Verbandsausgeschloffen. Zuletzt wurden zu unserem Stiftungsfest 10 Mann ins Festkomitee gewählt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Hann. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 8. Nov. bei Herrn Sieberling. Genosse Bürger hielt einen Vortrag über das Krankenversicherungs-gesetz; derselbe wurde beifällig aufgenommen. Alsdann wurde an Stelle des Kollegen Opp der Kollege Christoph als Hilfskassier vorgeschlagen, als Stellvertreter Kollege Jasmann. Es fand darauf die Wahl einer 20-gliedrigen Kommission für die Hausagitation statt, wovon jedesmal die Hälfte gezwungen ist, alle 8 Tage bei der Agitation tätig zu sein. Von dem Kollegen Rüdge wurde der Antrag gestellt, den Mitgliedern die Bücher der Bibliothek 3 Wochen zu belassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Alsdann wurde das Abonnement auf die Arbeiterpresse in Erinnerung gebracht.

Heidenfeldheim. Eine sehr gut besuchte Versammlung tagte hier am Sonntag im Saale des Cafe's Reger. Einberufen war dieselbe von Mitgliedern unseres Verbandes. Referent war Genosse Direktor aus Ludwigshafen, der über das Thema — Arbeiterorganisationen — sprach, aber das Herr Straß, der Führer der „Christlichen“ Bergarbeiter, an der Spitze der Teilnehmer hatte. Eingang seiner Ausführungen stellte Genosse Direktor verschiedene Unwahrheiten richtig, die sich in den „Christlichen“ Berichten über die „Christliche“ Versammlung im „P. Volksbl.“ und im „Arbeiter“ befinden. Der Bericht im „Christlichen“ „Arbeiter“ zeichnet sich, gegen dem Prinzip des frommen Blätters, hauptsächlich durch seine un-gemeine Wahrheitsliebe aus. So heißt es hinsichtlich zum Beispiel: „Die „Genossen“ hatten auch ihre eigenen hiesigen Mannen zur Versammlung gestellt.“ Die „wenigen“ hiesigen Mannen stellten, was wir nochmals betonen wollen, die weit-aus größte Hälfte der Versammlungsbesucher des Herrn Straß dar, was sich am besten zeigte, als infolge der Bruststren-

Bergewaltung der „christlichen“ Versammlungsteilnehmer diese den Saal verließen.

In seinem Referat gab er eine anschauliche Schilderung der Entwidelung der Arbeiterorganisationen vom frühesten Mittelalter an bis zur Neuzeit, welchen Ausschüngen, namentlich soweit sie das geschichtliche Gebiet streifen, die Anwesenden mit lebhaftem Interesse folgten. Den Kämpfen und der Entwidelung der modernen Organisationen widmete Redner besondere Aufmerksamkeit, wie er ebenso eingehend den Gegensatz zwischen den „Christlichen“ und „unchristlichen“ Gewerkschaftsorganisationen besprach. Allgemeiner Beifall wurde laut, als Redner mit der Mahnung schloß, sich den „freien“ Gewerkschaften anzuschließen. Nach dem Referenten sprach noch der Geschäftsführer des Hannoverschen Mannes, Kollege Welsch, der die beiderseitigen Ausschüngen, des „Christlichen“ und „unchristlichen“ Verbandes mit einander verglich und bewies, daß Herr Straß trotz seiner selbst im Wirtshause an den Tag gelegten Frömmigkeit arg zu Gunsten der von ihm geleiteten Organisation gestanden, als er behauptete, der Verband der Fabrikarbeiter biete seinen Mitgliedern nichts, während der „Christliche“ Verband bis zu 200 Mk. Sterbegeld bezahle. An der Hand der beiderseitigen Statuten wies Kollege Welsch die „Christlichen“ Unwahrheiten zurück. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen. Erwähnt sei noch, daß es im „Arbeiter“ am Schluß des Berichtes über die Brust-Versammlung heißt: „Der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird ganz sicher durch diese Versammlung hier breiter Boden verschafft sein und sich noch mehr Arbeiter anschließen.“ Dieser Wunsch ist für die „Christlichen“ bis jetzt noch nicht in Erfüllung gegangen, dafür aber war die fragliche Versammlung für den Verband — Fabrikarbeiter ins-jenseitig erfolgreich, als sich sofort nach der „Christlichen“ Versammlung eine Anzahl bisher weder „Christlich“ noch „unchristlich“ organisierter Arbeiter zur Mitgliedschaft im „sozialistischen“ Verbands an-meldete, ein Resultat, über das sich Herr Straß sicher freuen wird. Unsere Jahreshalle hat jetzt 70 Mitglieder, welche wohl der beste Beweis dafür, wie heillos das Geschickel des „Christlichen“ Schreiers im „Arbeiter“ ist, der sich erdreistet, von „wenigen Mannen“ zu sprechen. Was unser Verband und die „Christliche Post“ bisher im Kampfe für die Verbesserung der Lage der Arbeiter am hiesigen Orte geleistet haben, ist bekannt; was aber die „Christlichen“ mit ihrem Herrn Kaplan Stadtmüller, der es sich sogar nicht verfangen kann, über die sozialistisch denkende Arbeiterchaft in der Kirche loszusagen, und sein „Arbeiter“ für uns hier gethan haben, das zu erfahren wäre für die gesamte hiesige Arbeiterchaft von allergrößtem Interesse. Bis heute geht die allgemeine Ansicht dahin, daß außer Erregung und Förderung der Unreinigkeit in den Reihen der Arbeiterchaft die weitere Tätigkeit all der letztgenannten Faktoren für die Hebung der Lage der Arbeiterchaft am hiesigen Orte gleich Null ist.

Kreisberg. Sonntag, den 4. November, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Genosse Bretschneider aus Kempitz referierte über Zweck und Nutzen des Verbandes. Dann wurde als zweiter Bevollmächtigter Kollege Max Vertram in Vorschlag gebracht. In „Verschiedenes“ kamen verschiedene Uebelstände bei den Arbeitsverhältnissen zur Sprache. Besonders die Firma Bremer und Schminkel, Inhaber Paul Abraham, nahm einen breiten Raum der Verhandlungen ein. Die Waffeneinrichtungen dieser Firma sind derartige, daß ein selbst der Besitzer die schärfste Kritik daran übte, sie als Schweinerei bezeichnete. Es müssen sich ca. 40 Personen aus ein und demselben Wasser waschen. Galt man sich gegenwärtig, daß die Arbeit an sich derart ist, daß die beschäftigten Kollegen das Aussehen eines Schwefelsteingehers erhalten, so kann man sich einen Begriff von der Farbe des Wassers machen und den reinigenden und famidiären Folgen einer solchen Wascherel.

Kolberg. Am 11. November tagte im Lokale des Herrn Mühlberg unsere Mitglieder-Versammlung. Unter Punkt 1 wurde eine Differenz verhandelt, die sich zwischen dem Unter-nnehmer Kröll und den bei ihm beschäftigten Kollegen abgepielt und dahin geführt hat, daß letztere ankündigten. Eine voraus-gegangene Versammlung hatte in Folge der Differenzen Maß-regelungen erlassen und die Unterstützung der Beteiligten durch den Vorstand verlangt. Der Vorstand lehnte aber die Unter-stützung ab. Durch Kollegen H. Strandt wurde ein Antrag ein-gebracht, nach welchem die Jahreshalle in dieser Sache Beschwerde beim Ansdich zu erheben hat. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, den durch das Vorgehen des Unter-nehmers Kröll arbeitslos gewordenen, mittellosen Kollegen eine Unterstützung vorzuschreiben als Lokalmitteln zu gewähren, wurde abgelehnt. Hierauf theilte der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung von der Anschaffung der Fahne mit. Danach sind 237 Mark 11 Pf. in 20 Mark zu verzinsen; für An-ferigung der Fahne sind 220 Mark bezahlt. (Wie sind 10 frei anzunehmen, daß die Kollegen in Kolberg für dieses Geld bessere Verwendung gehabt hätten!) Sie hatten in diesem Jahre einen hartnäckigen Kampf mit den Unternehmern auszufechten, und unsere damals wiederholt ausgeproben Forderung, unter den arbeitenden Kollegen Extrabeiträge zu erheben zur Unter-stützung der Streikenden, blieb nahezu erfolglos. Für den Fahnenfonds scheint eine größere Zahlungslust geherichtet zu haben! Ist der Besitz einer Fahne wichtiger als der Kampf um günstigere Arbeitsbedingungen? (Die Red.) Alsdann wurde noch ein Referat in Vorschlag gebracht.

Ludwigshafen a. Rhein. Am 10. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale Jensch, in welcher Kollege Herrmann den Bericht der Generalversammlung des Gewerkschafts-Kartells gab. Die Thätigkeit des Kartells war eine sehr angestrengte, da namentlich die kleinen Gewerkschaften am Orte noch sehr unselbständig sind und außerdem das Projekt der Errichtung eines Gewerkschaftshauses viel Mühe verursachte. Zu einem positiven Resultate war man in diesem Punkte noch nicht gekommen, doch ist zu hoffen, daß diese Frage in nächsten Geschäftsjahre eine zufriedenstellende Lösung findet. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde zunächst das Verbergswejen ge-bührend beleuchtet, und wird von unserer Seite in der nächsten Kartellversammlung ein Antrag auf Errichtung einer Verbergs-Kommission eingebracht werden.

Lüneburg. Sonntag, den 28. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zwei Kollegen ließen sich als Mitglieder aufnehmen. Die Berichtserstattung von der Konferenz mußte aus-gespart werden, weil der Delegierte am Erscheinen in dieser Versammlung verhindert war. Beim 3. Punkt der Tages-ordnung wurde von einem Kollegen auf die vom Gewerkschafts-kartell veranstalteten Besuche hingewiesen. Zum Schluß sprachen noch einige Kollegen über den schwachen Besuch aus, hauptsächlich sind es die älteren Kollegen, die die Versammlungen am meisten schwächen; es wäre deshalb wünschenswert, daß die jüngeren Kollegen endlich einmal zu der Einsicht kämen, daß sie nicht allein durch Entziehung der Beiträge ihren Pflichten dem Verbands gegenüber genügen, sondern daß sie selber Hand mit aus Wert legen, Beschüsse in den Versammlungen mit fassen und zur Ausführung bringen, die zur Fortentwidelung unserer Jahreshalle mit beitragen werden.

Lützen. Der Kampf gegen uns nimmt schärfere Formen an. Die Behörden belieben, gegen uns mobil zu machen. Haben wir die lange Zeit ein Versammlungslokal gehabt, und waren wir, fernermal das Geld, das wir verzeigten, ja auch nicht flaut, ganz gern gesehene Gäste. Nun ist uns das Lokal ver-weigert, unser Geld flaut auch heute noch nicht, man hat dem Inhaber des hiesigen Lokales plausibel gemacht, das er eine ab-gut zu machende Sünde begehe, wenn er uns sein Lokal noch weiter zur Verfügung stelle. Gemannt werden die hiesige Polizei-

